

28.

Verordnung

der Landesregierung über die Erhebung einer Fleischuntersuchungsgebühr (Fleischuntersuchungsgebührenverordnung)

Auf Grund der §§ 2 Abs. 1, 5 und 6 Abs. 3 des Fleischuntersuchungsgebührengesetzes, LGBl.Nr. 75/1994, in der Fassung LGBl.Nr. 2/2008, wird verordnet:

§ 1

Gebühren und Kosten

(1) Für die Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung sowie für die Durchführung einer Hygienekontrolle beträgt die Höhe der Gebühr je angefangene Viertelstunde des tatsächlichen Zeitaufwandes 18,95 Euro. Bei der Durchführung einer Hygienekontrolle sind zudem Fahrtkosten in der Höhe von 64 Cent je km zu entrichten.

(2) Für eine Überprüfung der Beurteilung des amtlichen Fachassistenten durch den amtlichen Tierarzt sind im Falle einer Bestätigung der Beurteilung zusätzlich 100 v.H. der Gebühr gemäß des Abs. 1 zu entrichten.

(3) An Werktagen zwischen 20.00 und 6.00 Uhr und an Samstagen nach 12.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen ist ein Zuschlag von 100 v.H. der Gebühr gemäß Abs. 1 zu entrichten, wenn die Untersuchungen auf Verlangen des Gebührenschuldners vorgenommen werden.

(4) Die Gebühr für eine angefangene Viertelstunde gemäß Abs. 1 ist auch dann zu entrichten, wenn sich das Aufsichtsorgan aufgrund der Anmeldung zur Schlachtstätte begeben hat, die Schlacht tier- oder Fleischuntersuchung aber nicht vornehmen kann, weil der Gebührenschuldner die beabsichtigte Schlachtung nicht oder erst später vornehmen will.

(5) Der Gebührenschuldner hat neben der gemäß den Abs. 1 bis 3 zu entrichtenden Gebühr auch die Kosten für eine von einer Untersuchungsanstalt durchgeführte mikrobiologische Fleischuntersuchung sowie die Untersuchung auf Rückstände oder Fleischmängel bzw. anderer amtlich angeordneter Proben zuzüglich der Kosten für den Versand zu

tragen, wenn das Ergebnis der Untersuchung den Verdacht auf Rückstände oder Fleischmängel oder Keimgehalt bestätigt und der Schlachtkörper als nicht genussstauglich beurteilt wird.

§ 2

Meldung des Aufsichtsorgans

Das Aufsichtsorgan hat aufgrund der in einem Kalendermonat durchgeführten Untersuchungen und Kontrollen bis zum Fünften des Folgemonats der zuständigen Bezirkshauptmannschaft schriftlich zu melden:

- a) Name und Adresse des Gebührenschuldners,
- b) Datum, Dauer und Anzahl der Untersuchungen bzw. Kontrollen,
- c) Art der Untersuchungen bzw. Kontrollen und Anzahl der Tiere bzw. Art und Menge des Fleisches,
- d) Herkunft der Tiere laut amtlichem Begleitdokument (Verkehrsschein) bzw. Herkunft des Fleisches laut Begleitpapieren,
- e) bei der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung die Weggeldzone gemäß § 3 lit. b; bei der Hygienekontrolle die zurückgelegten Kilometer,
- f) Angabe von sonstigen Untersuchungen oder amtlich angeordneten Probeentnahmen und Einsendungen sowie deren Einsendekosten.

§ 3

Entgelte und Frachtkosten

(1) Die den Aufsichtsorganen, die nicht Bedienstete des Landes oder der Gemeinde sind, zustehende Höhe der Entgelte wird wie folgt festgesetzt:

- a) für Tätigkeiten gemäß § 1 Abs. 1 je angefangene Viertelstunde 15,26 Euro, wobei für die Berechnung des Zeitaufwandes nur die unmittelbar im Fleischbetrieb, die für die Entnahme und Einsendung von Proben zur mikrobiologischen

- Fleischuntersuchung oder anderer amtlich angeordneter Proben oder die bei der Trichinenuntersuchung anfallenden Zeiten herangezogen werden dürfen,
- b) für das Zurücklegen der Wege zur Durchführung der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung und der Trichinenuntersuchung bei Entfernungen
- | | |
|---|------------|
| bis einschließlich fünf Kilometer (Weggeldzone 1) | 2,76 Euro |
| zwischen fünf und einschließlich zehn Kilometer (Weggeldzone 2) | 5,52 Euro |
| über zehn Kilometer (Weggeldzone 3) | 8,28 Euro, |
- c) für das Zurücklegen der Wege zur Durchführung der Hygienekontrolle je km 55 Cent.

(2) Den Aufsichtsorganen, die nicht Bedienstete des Landes oder der Gemeinde sind, sind die Frachtkosten für die Einsendung von Proben zur mikrobiologischen Fleischuntersuchung oder von anderen amtlich angeordneten Proben zu ersetzen.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung dieser Verordnung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Fleischuntersuchungsgebührenverordnung, LGBl.Nr. 83/1997, in der Fassung LGBl.Nr. 82/1998, Nr. 10/2001, Nr. 60/2001, Nr. 14/2003, Nr. 76/2003 und Nr. 67/2005 außer Kraft.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber

29.

Verordnung

der Landesregierung über eine Änderung der Verordnung über die Schulsprengel der öffentlichen Volksschulen (Volksschulsprengelverordnung)

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Schulerhaltungsgesetzes, LGBl.Nr. 32/1998, in der Fassung LGBl.Nr. 45/2000, wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung der Landesregierung über die Schulsprengel der öffentlichen Volksschulen (Volksschulsprengelverordnung), LGBl.Nr. 41/1979, in der Fassung LGBl.Nr. 40/2004 und Nr. 49/2006, wird wie folgt geändert:

- In § 1, Buchstabe A. Verwaltungsbezirk Bludenz, Marktgemeinde Nenzing, lautet der Schulsprengel der Volksschule Halden:
„Ortsteile Halden, Heimat, Mariex, Motten, Roßnis und Rungeletsch sowie aus dem Gebiet der Marktgemeinde Frastanz der Ortsteil Gampelün.“
- In § 1, Buchstabe A. Verwaltungsbezirk Bludenz, Marktgemeinde Schruns, entfallen im

Schulsprengel der Volksschule Schruns die Worte „des Schulsprengels Gamprätz sowie“.

- In § 1, Buchstabe A. Verwaltungsbezirk Bludenz, Marktgemeinde Schruns, entfallen die Worte
„Volksschule Gamprätz:
Gebiet beiderseits der Silvrettastraße vom Gasthaus „Linde“ taleinwärts bis einschließlich Orts-
teil Stiefen.“
- In § 1, Buchstabe D. Verwaltungsbezirk Feldkirch, Marktgemeinde Frastanz, lautet der Schulsprengel der Volksschule Frastanz-Dorf:
„Ortsteile Hofen, Einlis, Sonnenheim, Frastafeders, Bardella und Anderhalden.“

Artikel II

Der Artikel I tritt am 1. September 2008 in Kraft.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber